PRESSEMITTEILUNG

MEDIENTAGE München 2026 vom 21. bis 23. Oktober
AVMD-RL, Digital Omnibus und die Zukunft der Medienregulierung

Mehr Klarheit, weniger Detailregeln, schneller Vollzug

München, 23.10.2026 – Europas Medienregulierung steht vor einem doppelten Auftrag: Sie muss Medienvielfalt und faire Wettbewerbsbedingungen sichern, zugleich aber einfacher und wirksamer werden. Beim Europatag der MEDIENTAGE München haben Vertreter:innen aus Medienwirtschaft, Aufsicht und EU-Kommission die Reform der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-RL) und den Digital Omnibus, mit dem bestehende digitale Regelwerke der EU besser aufeinander abgestimmt werden sollen, diskutiert. Zentrale Streitpunkte sind die Auffindbarkeit journalistischer Inhalte, flexible Werberegeln, der Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden. Einigkeit bestand darin, dass neue Vorschriften allein nicht genügen. Entscheidend sei, dass bestehende Regeln greifen.

Faire Bedingungen für unterschiedliche Geschäftsmodelle

Dr. Michael Müller, Chief Officer of Regulatory Affairs, External & Governmental Relations bei ProSiebenSat.1 Media, stellte Refinanzierung und fairen Wettbewerb in den Mittelpunkt. Er sprach sich für flexiblere Werberegeln und gegen zusätzliche qualitative Werbeverbote aus. Zugleich müsse die Auffindbarkeit professioneller Medienangebote gestärkt werden, insbesondere gegenüber sozialen Netzwerken. „Ohne Auffindbarkeit und ohne angemessene Präsentation können wir so viel in Content investieren, wie wir wollen. Wir werden nicht gefunden." Auch bei der digitalen Reichweitenmessung dürften Datenschutzregeln keine einseitigen Vorteile für große Plattformen schaffen.

Inga Moser von Filseck, Head of Media Policy für Deutschland, Österreich und die Schweiz bei Amazon Prime Video, warnte davor, die Detailregeln des linearen Fernsehens auf Streaming-Dienste zu übertragen. Gleichwertige Angebote müssten unabhängig von ihrer Herkunft vergleichbar reguliert werden. Besonders kritisch bewertete sie die zunehmende Fragmentierung nationaler Auffindbarkeitsregeln und die damit verbundene Schwächung des Herkunftslandprinzips. „Gleichwertige Angebote müssen auch entsprechend gleichwertig reguliert werden." Sie forderte gemeinsame europäische Kriterien für die Umsetzung, während die Entscheidung, welche Inhalte bevorzugt werden, den Mitgliedstaaten überlassen bleiben sollte. Zudem brauche es eine differenzierte Risikobewertung für Empfehlungssysteme und Jugendschutz.

Auffindbarkeit und Durchsetzung als zentrale Aufgaben

Dr. Tobias Schmid, Direktor der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen und Europabeauftragter der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten, beschrieb eine doppelte Krise: Die wirtschaftliche Lage der Medienbranche verschärfe sich dramatisch, während Risiken für Nutzer:innen und demokratische Öffentlichkeit fortbestünden. Die Verantwortung dürfe nicht allein den Plattformen überlassen werden. „Dieses Durchsetzungsdefizit ist das, was wir jetzt lösen müssen."

Medien.Bayern GmbH · Balanstraße 73 / Haus 11 · 81541 München · Tel. +49 89/6 89 99 – 0 · Fax +49 89/6 89 99 – 199
presse@medientage.de · www.medientage.de

Schmid verlangte eine klarere Abgrenzung zwischen AVMD-Richtlinie und Digital Services Act sowie eine engere Zusammenarbeit europäischer und nationaler Aufsichtsbehörden. Die bessere Auffindbarkeit von Nachrichten könne den Medienpluralismus stärken. Auch eine finanzielle Beteiligung großer Plattformen an journalistischen Inhalten sei ein denkbarer Ansatz.

Renate Nikolay, stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien der Europäischen Kommission, kündigte keine fertigen Lösungen an, sprach sich aber für eine deutliche Vereinfachung der Regeln aus. Insbesondere Werbevorschriften sollten flexibilisiert und unnötige Detailvorgaben abgebaut werden, ohne Innovation und neue Geschäftsmodelle auszubremsen. Zugleich müsse die Zusammenarbeit der europäischen Aufsichtsgremien verbessert werden. Bei der Auffindbarkeit stellte Nikolay auch die Nutzerperspektive in den Vordergrund: Menschen sollten Informationsquellen leichter erreichen können. „Es hilft nicht nur Regulierung. Es ist, glaube ich, auch die Innovationskraft des Sektors selbst gefragt."

Gemeinsame Regeln, wirksame Umsetzung

Die Diskussion machte deutlich: Die AVMD-Reform sollte gezielt vereinfachen und keine neue Regelungsebenen aufbauen. Zu klären sind gemeinsame Kriterien für die Auffindbarkeit von Regeln, die Zuständigkeiten von AVMD und DSA sowie ein schnellerer, abgestimmter Rechts-Vollzug über Ländergrenzen hinweg. Die Zukunft der europäischen Medienregulierung hängt damit nicht allein von neuen Gesetzen ab, sondern davon, ob sie Medienvielfalt und Jugendschutz wirksam schützt, faire Wettbewerbsbedingungen schafft und zugleich Innovation ermöglicht.